

Alleinerziehende besser unterstützen

Alleinerziehende leisten tagtäglich mehr als andere, werden von der Familienpolitik aber immer noch vernachlässigt. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket will die SPD-Bundestagsfraktion Alleinerziehende besser unterstützen: Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler hat gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Manuela Schwesig ein Konzept vorgelegt. Im Mittelpunkt stehen mehr Zeit, Geld und Infrastruktur.

Alleinerziehende stellen fast ein Fünftel aller Familienhaushalte in Deutschland. 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Bewältigung ihres Alltags meistern sie oft alleine. Sie sind Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft. Ihnen Hürden aus dem Weg zu räumen ist eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft.

Unsere Vorschläge:

- Alleinerziehende sind besonders darauf angewiesen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Wir fordern, Alleinerziehenden noch in dieser Legislaturperiode einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung zu geben. Zur Finanzierung muss die Bundesregierung auf das geplante „Betreuungsgeld“ verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau und Betrieb der Kinderbetreuung investieren.
- Alleinerziehende Arbeitssuchende brauchen wirkungsvolle Unterstützung, die sich an ihrer individuellen Lebenssituation orientiert. Wir fordern eine spezialisierte Betreuung von Alleinerziehenden in den Arbeitsagenturen. Dazu gehören mehr Zeit für die Beratung, speziell geschulte Fallmanagerinnen und Fallmanager und ein besserer Betreuungsschlüssel. Mit jedem Arbeits- oder Qualifizierungsangebot muss ein Angebot zur Kinderbetreuung verbunden sein.
- Vor allem alleinerziehenden jungen Müttern ohne Berufsausbildung fällt es schwer, einen guten Einstieg in den Beruf zu finden. Deshalb muss Familienpolitik einen neuen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung legen. Wir fordern, mit Rechtsansprüchen und Anreizmodellen mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeitform zu garantieren.
- Alleinerziehende dürfen nicht in die Mühlen zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten. Zeitflexibilität im Beruf hat für sie eine größere Bedeutung als für andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu einer guten Zeitpolitik gehören auch echte Wiederaufstockungsrechte, damit Teilzeit nicht zur Falle wird. Deshalb fordern wir

einen Rechtsanspruch auf Wiederaufstockung nach Reduktion der Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung.

- Da der Großteil der Alleinerziehenden Frauen sind, sind sie häufig auch von den immer noch bestehenden Geschlechterungerechtigkeiten im Erwerbsleben betroffen. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Deshalb fordern wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch verbindliche gesetzliche Regelungen und einen flächendeckenden, allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn.
- Die Einkommenssituation von Alleinerziehenden hat sich in den letzten zwanzig Jahren erheblich verschlechtert. Deshalb fordern wir eine bessere finanzielle Unterstützung von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Wir wollen den Kinderzuschlag weiter entwickeln und den Unterhaltsvorschuss ausweiten. Außerdem schlagen wir Verbesserungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vor.

Union und FDP gefährden mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik den Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur und engen die politischen Handlungsspielräume für eine gestaltende, vorsorgende und aktivierende Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik ein. Es wird immer deutlicher, wer am Ende die schwarz-gelben Klientelgeschenke bezahlen soll: die jungen Menschen, die Arbeitssuchenden, die Familien – und auch die Alleinerziehenden.

